

# Nahwärme-Zuschüsse können fließen

**Klimafreundliches Heizen:** Fördertopf der Bundesregierung wieder offen. Projekt in Höhefeld nimmt Hürde. Altlastrisiken für Vorhaben in Nassig

Der Fördertopf der Bundesregierung für Wärmenetze ist wieder offen. Für Höhefeld sieht es jetzt gut aus. In Nassig besteht aber weiterhin ein Risiko: Altlasten im Straßenbelag der Ortsdurchfahrt.

Von Gerd Weimer

**Wertheim.** Die Nahwärmeprojekte in Höhefeld und Nassig können wohl umgesetzt werden – zumindest, wenn es um die notwendigen Zuschüsse aus Berlin geht. Nach den turbulenten Haushaltswochen in Berlin ist der Fördertopf, aus dem wesentliche Teile der Vorhaben finanziert werden, wieder geöffnet. Seit Anfang der Woche können wieder Mittel aus dem Topf „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW) beantragt werden.

Die Stadtwerke Wertheim arbeiten jetzt mit Hochdruck an den Anträgen, um sie bald einzureichen, wie Geschäftsführer Thomas Beier auf FN-Anfrage erklärte. Nach der Genehmigung werde man die Aufträge ausschreiben. Ob in diesem Jahr noch mit den Arbeiten begonnen werden kann, hänge von den Ressourcen bei den Tiefbaufirmen ab, so Beier.

## Ohne Subventionen nicht rentabel

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht Mitte November konnte die Bundesregierung nicht wie vorgesehen Kreditermächtigungen über 60 Milliarden Euro aus Zeiten der Pandemie auf den Klima- und Transformationsfonds übertragen. Karlsruhe stufte das Vorgehen als verfassungswidrig ein. Mit dem Fonds sollte Förderprogramme finanziert werden, um die Wende zu klimaneutraler Energieversorgung voranzubringen.

Davon war auch die BEW betroffen. Anträge wurden zwischenzeitlich nicht mehr angenommen. Wie berichtet, sind ohne die Fördergel-



Schadstoffe im Straßenbelag der Nassiger Ortsdurchfahrt könnten das Nahwärmeprojekt gefährden.

BILD: GERD WEIMER

der Nahwärmenetze wie in Höhefeld und Nassig aus finanzieller Sicht nicht umsetzbar. Thomas Beier geht davon aus, dass sich die Kosten für die Haushalte für den Wärmebezug verdoppeln würden, wenn es keine Subventionen gebe. Somit würden sich derlei Projekte nicht mehr rechnen.

In Bezug auf Nassig besteht jetzt aber immer noch das Risiko, das von möglichen Altlasten im Straßenbelag der Ortsdurchfahrt ausgeht. Dort könnten Schadstoffe vorhanden sein, deren Entsorgungskosten die Kalkulation belasten würden (wir berichteten).

Sind sie zu hoch, wäre das Nassiger Wärmenetz nicht rentabel zu betreiben, so Beier. Die Proben einer

Entnahme lägen mittlerweile vor, allerdings müssen noch die Ergebnisse geprüft werden.

## „Wichtiger Baustein“

„Wir haben uns vehement dafür eingesetzt, dass die Investitionskostenförderung für die Transformation von Wärmenetzen im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze größtenteils von Kürzungen verschont bleibt“, sagte der Bundestagsabgeordnete Sebastian Schäfer (Grüne) auf FN-Anfrage. Er ist Betreuungsabgeordneter seiner Partei für den hiesigen Wahlkreis und Obmann im Haushaltsausschuss. Für 2024 stünden weiterhin 750 Millionen Euro zur Verfügung, 250 Millionen Euro mehr als im Vor-

jahr. Die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre seien von 2,45 Milliarden auf 2,25 Milliarden „leicht angepasst“ worden. „Wir setzen uns auch weiterhin für Wärmenetze als einen wichtigen Baustein für bezahlbare grüne Wärme vor Ort ein“, so Schäfer.

Das für die Anträge zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bestätigte auf FN-Anfrage, dass mit der Einigung im Haushaltsausschuss des Bundestages die Antragspause beendet sei. Unter den Vorgaben der „vorläufigen Haushaltsführung“ sei die Antragstellung und die Bearbeitung wieder möglich.

Auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele spielt klimaneutrale Wär-

meversorgung eine wesentliche Rolle. Für den Umbau sind treibhausgasneutrale Netze entscheidend. Sie verringern die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und ermöglichen den Betrieb mit erneuerbaren Energien.

## Druck aus Karlsruhe

Bei den Klimazielen steht die Politik unter dem Druck des Bundesverfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter hatten im März 2021 mit einem Urteil die Daumenschrauben angezogen. Noch unter Kanzlerin Angela Merkel wurde daraufhin das Ziel der Klimaneutralität um fünf Jahre auf 2045 vorgezogen – mit verbindlichen Zielen für die 2020er und 2030er Jahre.